Der Basellandschaftliche Bildungsbericht 2011¹ unter der Lupe (Teil 1)

Von Michael Weiss

Seit geraumer Zeit gibt der Kanton Baselland alle vier Jahre einen vom Landrat zu genehmigenden Bildungsbericht heraus. Dieser enthält einerseits statistische Daten und andererseits Darstellungen des Zustands und der Trends in den einzelnen Teilbereichen des Bildungswesens. Der kürzlich veröffentlichte Bildungsbericht 2011 enthält eine Fülle an höchst interessanten Informationen, was eine zweiteilige Berichterstattung darüber im LVB-inform erforderlich macht, lässt aber auch viele Fragen offen. Wo der vorliegende Artikel ganz konkret Bezug auf Textstellen des Bildungsberichts nimmt, ist dies mit Seitenangaben in Klammern vermerkt.

Die Pläne von 2007 und ihre Umsetzung

2007, nach Erscheinen des letzten Bildungsberichts, veröffentlichte der Regierungsrat Schlussfolgerungen, in welchen er die Ziele im Bildungsbereich für die folgenden vier Jahre skizzierte. Der erste Abschnitt im Bildungsbericht 2011 widmet sich nun der Frage, inwieweit die damals skizzierten Ziele erreicht wurden.

Die vom Stimmvolk am 26. September 2010 gutgeheissenen Beitritte zum HarmoS- und zum Sonderpädagogik-Konkordat entsprachen - abgesehen von der nicht mehrheitsfähigen Basis- oder Grundstufe, welche gar nie zur Abstimmung gelangte - im We-

sentlichen den Vorstellungen der Regierung. Dadurch konnten die 2007 formulierten Zielsetzungen im Hinblick auf die Dauer von Primar- und Sekundarschule, die Integration als favorisierte Schulungsform für Kinder mit Behinderungen sowie das Fremdsprachenkonzept mit der Vorverlegung des Beginns des Fremdsprachenunterrichts weitgehend beschlossen werden.

Der Zeitplan für die Umsetzung steht mittlerweile, doch ob die Umsetzung auch gelingt, wird die Zukunft zeigen müssen. Der Spardruck, der auf dem Kanton lastet, stimmt nicht allzu zuversichtlich. Auch um die Weiterqualifikation der Primarlehrkräfte, welche in Zukunft Französisch oder Englisch unterrichten sollen, ist es nicht optimal bestellt: Es häufen sich Rückmeldungen von Absolventinnen und Absolventen dieser Kurse, welche die viel zu knapp bemessenen Zeitressourcen für die Bewältigung dieser beträchtlichen Anforderungen beklagen.

Bezüglich des Integrationskonzepts scheint ein pragmatisches Vorgehen Einzug zu halten. Man zeigt sich bestrebt, die Fehler anderer Kantone nicht zu wiederholen. Dafür rückt das akuter werdende Problem sozial nicht tragbarer Schülerinnen und Schüler erst langsam ins Bewusstsein der Bildungspolitik – nicht untypisch für unangenehme Wahrheiten.

Schulorganisation

Bereits 2007 thematisierte der Regierungsrat in seinen Schlussfolgerungen zum damaligen Bildungsbericht die Erfordernisse der teilautonom geleiteten Schulen. Von personellen Aufstockungen der Schulleitungen, der Möglichkeit zur Mehrjährigkeit in den Budgetierungsprozessen (Übernahme eines Teils eingesparter Mittel ins Folgejahr) sowie der Einführung von Schü-

lerpauschalen respektive eines Lektionendachs war da die Rede.

Seither wurden den Schulleitungen wesentliche Aufgaben zusätzlich übertragen, ohne dass es zu einer substanziellen Aufstockung der Stellenprozente für Leitungsaufgaben gekommen wäre. Dieser Punkt wird im Bildungsbericht 2011 nicht einmal mehr thematisiert. Hingegen wird festgehalten, dass insbesondere kleinere Schulen Schwierigkeiten hätten, den gewachsenen Anforderungen gerecht zu werden und daher über organisatorische Schulzusammenlegungen nachdenken oder diese bereits vollzogen haben (S. 10).

Der **Nutzen der Teilautonomie** in der vom Kanton praktizierten Form scheint zudem nicht überall zu überzeugen. So ist aus dem Bereich der Schulverwaltungen zu vernehmen, dass bezüglich der Finanzkompetenz zwar sämtlicher Buchungsaufwand auf die Schulen übergegangen sei, der definitive Entscheid über die Auslösung jeder Zahlung aber weiterhin beim Kanton liege.

Lehrermangel

Mehrfach (z.B. S. 9 oder S. 66) wird im Bildungsbericht 2011 betont, im Kanton Baselland gebe es keinen Lehrermangel. In diesem Zusammenhang werden dem LVB seit Jahren Zahlen darüber in Aussicht gestellt, wie viele Lehrpersonen im Baselbiet auf Schulstufen oder in Fächern unterrichten, für welche ihnen die Lehrbefähigung fehlt. Offengelegt wurden diese Zahlen bisher indes noch nie.

¹Link zum Bildungsbericht: http://www.baselland.ch/fileadmin/baselland/files/docs/ekd/mitekd/mit-bksd_2011-12-07_bildungsbericht2011.pdf

Nicht adäquat ausgebildete Lehrkräfte stellen beim besten Willen kein Merkmal eines guten Bildungssystems dar und schaden dem Ansehen des Berufsstandes. Das Interesse des Kantons, die entsprechenden Zahlen zu kennen, müsste folglich mindestens ebenso gross sein wie jenes des LVB. Was nützt ein auf vierkantonalen Checks basierendes Bildungsmonitoring, wenn eine der naheliegendsten Ursachen für ungenügenden Unterricht einfach ignoriert wird?

Des Weiteren hat zwischen 2006 und 2008, also innert weniger Jahre, der Anteil der über 50-jährigen Lehrpersonen von 33% auf 37% zugenommen (S. 22). Wenn der Regierungsrat zum Thema Lehrermangel aber nicht mehr zu verkünden weiss, als dass dieser nicht existiere, wirkt dies wie ein bewusstes Verschliessen der Augen vor der Realität. Und dies umso mehr vor dem Hintergrund, dass per 1. Januar 2014 die finanzielle Unterstützung vorgezogener Pensionierungen durch den Kanton wegfallen wird. Dies kann dazu führen, dass sich fast 300 weitere Lehrkräfte dazu entschliessen werden, vorzeitig in den Ruhestand zu treten, solange diese Möglichkeit in der aktuellen Form noch besteht.

Geschlechterstereotypen und Geschlechtergerechtigkeit

Der Bildungsbericht zeigt (S. 57), dass Geschlechterstereotypen weiterhin die Berufswahl dominieren. So werden etwa 80% aller Diplome an der Höheren Fachschule für Gesundheit an Frauen vergeben, während diese bei den eidgenössischen Diplomen in den Bereichen Baugewerbe, Energie, Informatik sowie Pflanzenbau und Tierzucht überhaupt nicht (0 %!) vertreten sind.

Wenn sich daran etwas ändern soll, müssen noch weitaus grössere Anstrengungen unternommen werden. Andernfalls werden Feststellungen wie jene aus dem Bildungsbericht 2011, wonach an der FHNW noch kein einziger männlicher Logopäde oder Psychomotoriktherapeut ausgebildet wurde (S. 64), sich auch im nächsten Bildungsbericht wiederfinden lassen. Dieser wird dann allerdings von den Kantonen AG, BL, BS und SO gemeinsam verfasst werden.

Mit Blick auf das Ausbildungsniveau kann dennoch eine Trendumkehr festgestellt werden: Zwar weisen Frauen weiterhin im Durchschnitt einen geringeren höchsten Abschluss auf als Männer (S. 21), doch der Anteil der Frauen an höheren Schulen (Gymnasium, Fachmittelschule, Fachhochschule, Universität) ist stetig am Steigen: Am Gymnasium liegt der weibliche Anteil mittlerweile deutlich über 50%, und bis Frauen unter den Studierenden an der Universität eine Mehrheit bilden, fehlt nur noch sehr wenig.

Bis jetzt wird dieser Trend im Berufsleben aber noch nicht widergespiegelt. Betrachtet man etwa die an Schulen ausgeübten Berufe, so stellt man weiterhin eine negative Korrelation zwischen dem Frauenanteil und den an der entsprechenden Stufe bezahlten Löhnen fest. Am tiefsten ist der Anteil der Frauen in den Schulleitungen, und dies generell weit unter ihrer zahlenmässigen Vertretung in der jeweiligen Schulstufe. Auch sind Teilpensen im Lehrberuf, obwohl bei beiden Geschlechtern zunehmend, weiterhin bei Frauen sehr viel häufiger.

Anforderungsniveaus der Sekl

Der Wunsch nach einer grösseren Durchlässigkeit zwischen den drei Niveaus der Sekundarstufe I lässt sich aufgrund der im Bildungsbericht dargestellten Zahlen nicht rechtfer-

tigen. Der Anteil derjenigen Schülerinnen und Schüler, welche das Niveau wechseln, stagniert seit vielen Jahren auf einem tiefen Level (S. 33), eher noch ist die Tendenz sinkend als steigend. Dies deutet weniger auf eine zu grosse Hürde als auf einen nur geringen Bedarf hin, der den Einreihungsentscheiden der Primarlehrkräfte ein gutes Zeugnis ausstellt.

Weiter zeigt sich nicht überraschend (S. 33), dass der Anteil von Schülerinnen und Schüler mit verzögerter Laufbahn umso höher ausfällt, je geringer das Anforderungsniveau ist (P/E/A/Kleinklasse). 5.5% aller Absolventinnen und Absolventen sind nach Abschluss ihrer Sekundarschulzeit im Niveau P jünger als vorgesehen, während es gesamthaft nur 2.3% sind. 38.9% aller Schülerinnen und Schüler haben nach Abschluss der Sekundarstufel mehr als 9 Schuljahre absolviert.

Die geplante Annäherung der Niveaus, wie sie sich insbesondere in den vereinheitlichten Stundentafel-entwürfen zeigt, entspricht, wenn man diese Zahlen ernst nimmt, keinem Bedürfnis. Vielmehr erschwert dieses Vorgehen den Auftrag der Schule, alle Schülerinnen und Schüler ihren jeweiligen Bedürfnissen gemäss bestmöglich zu fördern.

Die Verteidigung identischer Stundentafeln lässt sich angesichts der Faktenlage eigentlich nur durch ideologisch dominierte Denkmuster erklären, die für von dieser Ideologie abweichende Aspekte der Realität nicht empfänglich sind.

Den zweiten Teil der LVB-Analyse zum Bildungsbericht 2011 werden Sie in der nächsten Ausgabe des LVB-inform finden.